



PRESSEKONFERENZ

mit

Mag. Thomas Stelzer
Landeshauptmann

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Sozial-Landesrat

LAbg. Bgm. Christian Mader
Präsident Oö. Gemeindebund

Bgm.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sabine Naderer-Jelinek
stv. Vorsitzende Oö. Städtebund

zum Thema

Neue Bevölkerungsprognose für Oberösterreich bis 2040 als zentrale
Herausforderung:
**GmbH für das Pflegemanagement in Oberösterreich vor
Beschlussfassung**

am

Donnerstag, 03. Oktober 2024

Rückfragen-Kontakt

Mag. Mario HOFER | Presse Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer |
+43 664 600 72 17312 | mario.hofer@ooe.gv.at

Medieninhaber & Herausgeber

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Kommunikation und Medien
Landhausplatz 1 | 4021 Linz
Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Eine neue demografische Realität erfordert neue Strukturen

„Die Pflege ist eine der großen Herausforderungen, deshalb ist es wichtig, dass wir moderne Lösungen in allen Bereichen finden. Das bedeutet beispielsweise das Fördern der Digitalisierung in diesem Bereich, das bedeutet aber auch, das **Pflege-Management auf tragfähige Beine zu stellen und dadurch die Verwaltung zu vereinfachen.**“

Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer

„Der demographische Wandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Unsere Eltern und Großeltern müssen sich auf eine gute Pflege und Betreuung verlassen können. Das gehen wir seit Tag eins im Ressort mit der Fachkräftestrategie Pflege **strukturiert und zielgerichtet an**. Mit der **Service-GmbH für alle 15 Sozialhilfeverbände setzen wir nun einen weiteren Meilenstein** der Fachkräftestrategie Pflege und einen Paradigmenwechsel im Bereich des Pflegemanagements um: Wir schaffen eine professionelle Einheit, bei der wir **Fragen der Personalgewinnung und des Innovationsmanagements bündeln** und entlasten damit die Sozialhilfeverbände in ihren Kernaufgaben, nämlich der Organisation und Sicherstellung der Langzeitpflege.“

Sozial-Landesrat Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Die Organisation der Pflege ist für die Gemeinden und Städte nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine organisatorische Herausforderung. Für eine gemeinsame Bewältigung dieser Aufgaben ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Land OÖ und den Gemeinden erforderlich. Die **Anforderungen und Aufgaben in den SHV- Geschäftsstellen haben sich in den letzten Jahren ständig weiterentwickelt**. Durch die Bündelung von Ressourcen werden Synergien geschaffen und die Geschäftsstellen entlastet. Durch die unterstützende Ressource ergeben sich Freiräume, damit sich die Geschäftsstellen wieder verstärkt auf die Kernaufgaben fokussieren können. Die **Gemeindeautonomie und der operative Betrieb in den Einrichtungen bleiben unangetastet**. Diese wichtigen Schritte sorgen dafür, dass auch in Zukunft eine gute Pflege und Betreuung im Alter in den Regionen ermöglicht werden kann.

Gemeindebund-Präsident Bgm. Christian Mader

Menschen im Alter gut zu versorgen, steht an oberster Stelle für Oberösterreichs Städte und Gemeinden. Dass das nur gemeinsam gelingen kann, zeigt sich u.a. in der jahrzehntelangen guten Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in den Sozialhilfeverbänden, **an deren Autonomie durch die GmbH nicht gerüttelt wird**. Dennoch gibt es Herausforderungen wie etwa die (internationale) Suche nach geeignetem Personal, die gebündelt organisiert, mehr Wirksamkeit entfalten und so auch Entlastung für das System bringen können. Deshalb

befürwortet der oberösterreichische Städtebund diese Initiative – auch wenn dadurch zusätzliche Kosten auf die Städte und Gemeinden in ohnehin angespannten finanziellen Zeiten zukommen. Wir gehen aber davon aus, dass die prognostizierten Synergieeffekte diese Kosten neutralisieren, im Idealfall sogar senken werden und damit **Ressourcen frei werden, die in die Qualität der Pflege fließen können.**

stv. Vorsitzende Oö. Städtebund Bgm.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sabine Naderer-Jelinek

In Kürze:

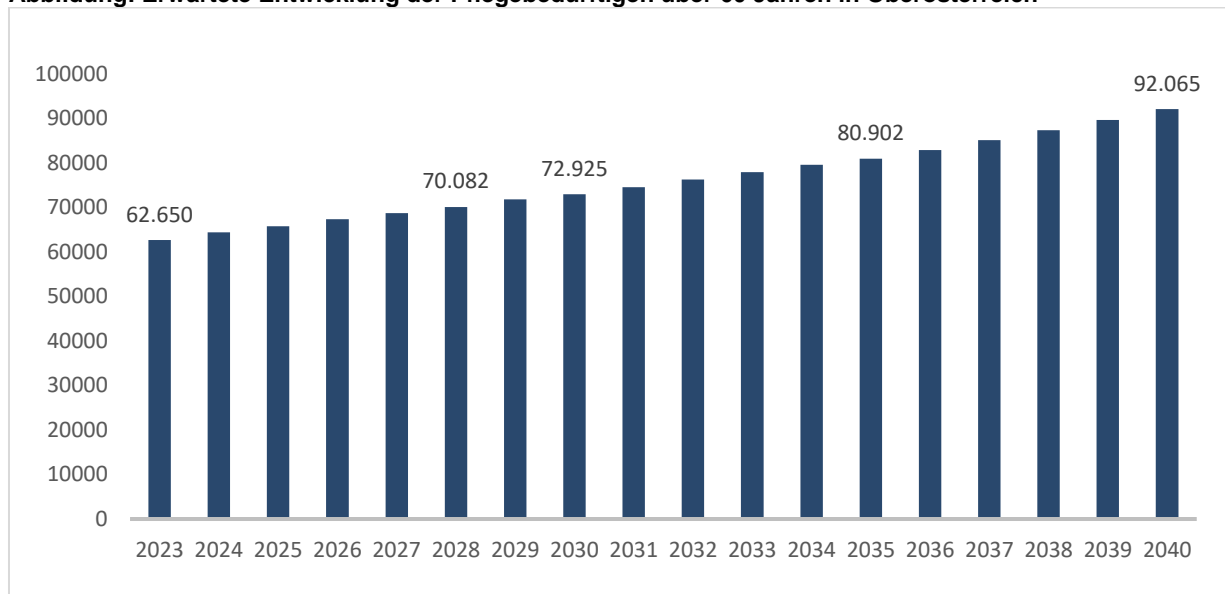
- 1) Neue Bevölkerungs- und Bedarfsprognose zeigt: Die Zahl der Pflegebedürftigen **über 60 Jahren** wird bis 2040 um rund **47 Prozent** auf **92.000 Personen** ansteigen, in **einzelnen Bezirken sogar um bis zu 70,5%**. Die Versorgung älterer Menschen wird damit zu einer **gesellschaftlichen Kernverantwortung**. Mit der Weiterentwicklung der Sozialhilfeverbände erfolgt nun ein Paradigmenwechsel.
- 2) Mit der **Fachkräftestrategie Pflege** hat Oberösterreich als einziges Bundesland umfassende Maßnahmen gesetzt – mit **zentralen Erfolgen**:
 - **Gewinnung von 300 neuen Personen für die Pflege durch neue niederschwellige Berufseinstiege**
 - **+ 29 % bei Ausbildungs-Anfängern**
 - Rückgang der **leerstehenden Plätze um 285** im Vergleich zum Vorjahr
- 3) Als **weiteres zentrales Element wird nun eine Reform der Sozialhilfeverbände-Struktur umgesetzt.** Dazu wird eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft zur Unterstützung der Sozialhilfeverbände gegründet, finanziert zu jeweils 50% vom Land OÖ und den SHVs. Das Land unterstützt damit die Gemeinden finanziell und organisatorisch noch stärker als bisher.
- 4) Die neue Struktur **entlastet die 15 Sozialhilfeverbände** und ermöglicht ihnen, sich stark auf die ureigenen Aufgaben wie **operativer Betrieb der Pflegeheime, Ausbau der mobilen Dienste und Weiterentwicklung der Sozialplanung** zu konzentrieren.
- 5) Von allen Sozialhilfeverbände liegen bereits die Grundsatzbeschlüsse vor sowie der einstimmige Beschluss der notwendigen Gesetzesnovelle im Unterausschuss Pflege.
- 6) In der GmbH werden **strategisch zentrale Managementaufgaben** gebündelt, darunter
 - **Personalgewinnung** und -entwicklung, Personalmarketing und Imagearbeit
 - **Innovationsmanagement**; Entwicklung künftiger Pflege- und Betreuungsangebote
 - **Verwaltungsmanagement** in Form von Koordinationsstellen für Rechts-, IT- und Bauangelegenheiten
- 7) Die Entwicklung der GmbH wurde in einem **Prozess unter der Leitung des ehemaligen Landesrechnungshof-Direktors Friedrich Pammer** sowie unter Einbindung von Städte- und Gemeindebund erarbeitet.

8) Die rechtlichen Rahmenbedingungen der GmbH sollen im Landtag am 24. Oktober beschlossen werden. Im **Jänner 2025 kann die GmbH ihren Betrieb aufnehmen.**

Neue Bevölkerungs- und Bedarfsprognose bis 2040 zeigt: Anstieg der Pflegebedürftigkeit bei Über-60-Jährigen um +47 %

Bis 2040 wird sich die Altersstruktur Oberösterreichs nachhaltig verändern. Der Wandel von einer demografisch jungen zu einer demografisch gesehen alten Bevölkerung wird weiter voranschreiten. Im Jahr 2023 zählte Oberösterreich rund 73.000 pflegebedürftige Menschen. 2040 werden es voraussichtlich 102.000 Personen sein. Das ist ein Zuwachs um rund 36 Prozent. Wie eine neue, von der Abteilung Statistik erstellte Bedarfs- Bevölkerungsprognose zeigt, wird die **Zahl der betreuungs- und pflegebedürftigen Personen ab 60 Jahren von rund 62.650 Betroffenen im Jahr 2023 auf rund 92.100 anwachsen.** Das entspricht einer Steigerung von 47 Prozent.

Abbildung: Erwartete Entwicklung der Pflegebedürftigen über 60 Jahren in Oberösterreich

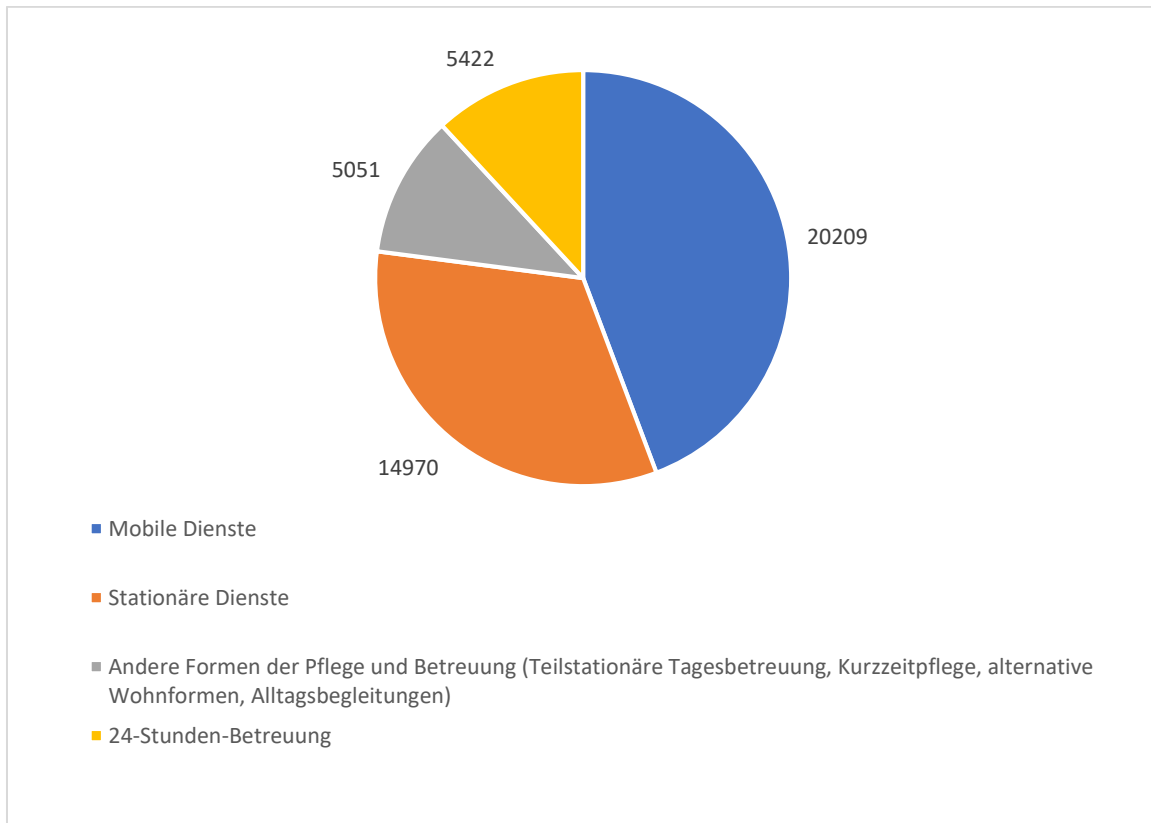


Die Zuwächse verteilen sich dabei sehr unterschiedlich auf die Bezirke:

Bezirke	2023	Prognose 2040	Entwicklung in %
Bezirk Urfahr-Umgebung	3.344	5.702	+70,5%
Bezirk Wels-Land	2.811	4.657	+65,7%
Bezirk Freistadt	2.952	4.866	+64,8%
Bezirk Linz-Land	5.697	8.882	+55,9%
Bezirk Perg	2.726	4.249	+55,9%
Bezirk Grieskirchen	3.175	4.946	+55,8%
Bezirk Kirchdorf	2.354	3.635	+54,4%
Bezirk Vöcklabruck	5.911	9.010	+52,4%
Bezirk Eferding	1.380	2.101	+52,2%
Bezirk Rohrbach	2.711	4.025	+48,5%
Bezirk Ried	2.876	4.264	+48,3%
Bezirk Braunau	4.368	6.405	+46,6%
Bezirk Steyr-Land	2.632	3.817	+45,0%

Bezirk Gmunden	4.262	6.146	+44,2%
Bezirk Schärding	2.736	3.876	+41,6%
Stadt Wels	2.646	3.467	+31,0%
Stadt Steyr	1.778	2.211	+24,3%
Stadt Linz	8.287	9.805	+18,3%
Oberösterreich	62.650	92.965	+47,0%

Derzeit erhalten in Oberösterreich 45.652 Personen Unterstützung in der Pflege und Betreuung.



Neue Wege und Schwerpunkte in der Pflege gefordert: Reformen dort ansetzen, wo sie notwendig sind

Die neue demografische Realität bedeutet, neue Wege zu gehen und neue Schwerpunkte im Management der Pflege zu setzen. Für die Langzeitpflege sind in Oberösterreich derzeit die **15 Sozialhilfeverbände mit einem Budget von 1,1 Mrd. Euro und rund 10.000 Mitarbeiter/innen in der Pflege** zuständig. Im Laufe der letzten Jahre ist die Zuständigkeit der SHVs stetig gewachsen, neue Aufgaben im Personalentwicklung, Rechtswesen oder IT-Management sind hinzugekommen.

Diese Aufgaben werden künftig bei einer Unterstützungs-Unit gebündelt, damit sich die Sozialhilfeverbände wieder stark auf ihre **Kernaufgaben wie operativer Betrieb der Pflegeheime, Ausbau der mobilen Dienste und Weiterentwicklung der Sozialplanung** konzentrieren können. Die sehr umfangreiche und komplexe SHV-Struktur bekommt damit in zentralen Schlüsselherausforderungen eine Serviceeinheit.

Die Weiterentwicklung der Sozialhilfeverbände wird wie folgt umgesetzt:

- ▶ In strategisch zentralen Feldern werden die **Managementaufgaben gebündelt**, um der demografischen Dynamik begegnen zu können.
- ▶ Die **dezentrale Struktur der Sozialhilfeverbände bleibt erhalten**, damit Pflege bürgernahe organisiert werden kann.
- ▶ Die Gemeinden und die Sozialhilfeverbände werden **in ihrer operativen Verantwortlichkeit nicht eingeschränkt**. Sie werden aber **noch stärker unterstützt** und entlastet.
- ▶ Mit der Fachkräftestrategie Pflege wurde ein wirksamer Pfad der Professionalisierung des Sozialressorts eingeschlagen. Zentrale Erfolge der Strategie sind bereits erkennbar:
 - Gewinnung von neuem Personal auch durch neue Beschäftigungsformen: 300 neue Personen durch neue, niederschwellige Einstiegsmöglichkeiten
 - Klarer Anstieg bei den Mitarbeiter/innen in Ausbildung und Absolvent/innen: + 29 % bei den Ausbildungs-Anfängern (+ 238 Personen)
 - Rückgang der leerstehenden Betten in Pflegeheimen: -285 Betten im Vergleich zum Vorjahr
- ▶ **Mit der Weiterentwicklung der SHVs wird dieser Weg konsequent fortgesetzt und ein zentrales Element der Fachkräftestrategie kommt in Umsetzung.**

Gründung einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft zur Bündelung strategischer Aufgabenfelder

Das Land OÖ und alle Oö. Sozialhilfeverbände gründen eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft mit beschränkter Haftung. In der GmbH werden strategisch relevante Aufgabenfelder gebündelt, um die Sozialhilfeverbände zu entlasten.

1. Personalgewinnung

- In der **Personalentwicklung** liegt der Fokus auf der Entwicklung wirksamer Personalentwicklungsinstrumente insbesondere zur **Höherqualifizierung** von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zur Weiterentwicklung von Führungskräften; der Gewinnung neuer Personalressourcen und der Organisationsentwicklung.
- **Personalgewinnung**: Dieser Bereich umfasst die weitere **Attraktivierung von Ausbildungen** sowie die Entwicklung einer einheitlichen Ausbildungsberatungsstelle. Strukturierter Zugang zur Gewinnung von Personen für eine Ausbildung im Pflegebereich.
- Die **Personalakquirierung** umfasst insbesondere die Koordinierung von Ausschreibungsverfahren zur Gewinnung von **Fachkräften insbesondere aus EU und EWR-Staaten sowie Drittstaaten**, die Unterstützung und Beratung bei behördlichen

Verfahren zur Nostrifikation und Berufsankennung, die Koordinierung von Bedarfen und Ergänzungsausbildungen sowie die Unterstützung bei der Entwicklung von Standards zu betrieblichen und außerbetrieblichen Integration

- **Personalmarketing und Imagearbeit** umfassen u.a. die Bündelung der Image- und Öffentlichkeitsmaßnahmen und -kanäle der Sozialhilfeverbände, den Aufbau und die Organisation einer Pflegemarke und Marketingstrategie, die Koordinierung von Außenauftritten und Zielgruppen-Maßnahmen, die Bereitstellung standardisierter Marketing- und Servicetätigkeiten für die Sozialhilfeverbände sowie die Organisation von flächendeckenden Beratungsangeboten für Berufsinteressenten

2. Innovationsmanagement

- Eine zentrale Aufgabe liegt in der **Markterkundung und Identifizierung digitaler Entwicklungen** sowie in der Bewertung, insbesondere im Hinblick auf Kosten-Nutzen des Einsatzes und auf das Entlastungspotenzial für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; in der Begleitung von Teststellungen und Erstattung von Vorschlägen für die Sozialplanung der Sozialhilfeverbände.
- Außerdem geht es um die Entwicklung **künftiger Pflege- und Betreuungsangebote**, die ein Altern in Würde gewährleisten und die Selbsterhaltungsfähigkeit von älteren Menschen solange als möglich erhalten (inkl. zivilgesellschaftlicher Maßnahmen in den Gemeinden). Diese neuen Angebote sollen in spezifischerer und abgestufterer Form als bisher auf die unterschiedlichen Ausprägungen der Pflegebedürftigkeit eingehen.

3. Langfristig: Verwaltungsmanagement

Dieser Punkt soll in einer darauffolgenden Entwicklungsstufe Schritt für Schritt umgesetzt werden:

- **Koordinationsstelle für Rechtsangelegenheiten:** Die Sozialhilfeverbände werden durch koordinierte und gleichgeschaltete Auslegung von Rechtsfragen und Vermittlung juristischer Unterstützung, insbesondere bei privatrechtlichen Regelungen, unterstützt.
- Es wird eine **Koordinationsstelle für Informationstechnologie** aufgebaut, in der die IT-Zentralkoordination, Markterforschung für neue Softwareentwicklungen, Umsetzungs koordinierung und Weiterentwicklung von Softwarelösungen zur Vermeidung kostenintensiver Einzellösungen erfolgt.
- **Koordinierungsstelle für Bauangelegenheiten:** Die Sozialhilfeverbände erhalten Unterstützung bei der Koordinierung bei Generalsanierungs- und Neubauvorhaben, der Mitentwicklung neuer Baukonzepte sowie bei der Kostenoptimierungen von baulichen Investitionen.

Das Land bringt sich finanziell noch stärker zur Unterstützung der Gemeinden ein

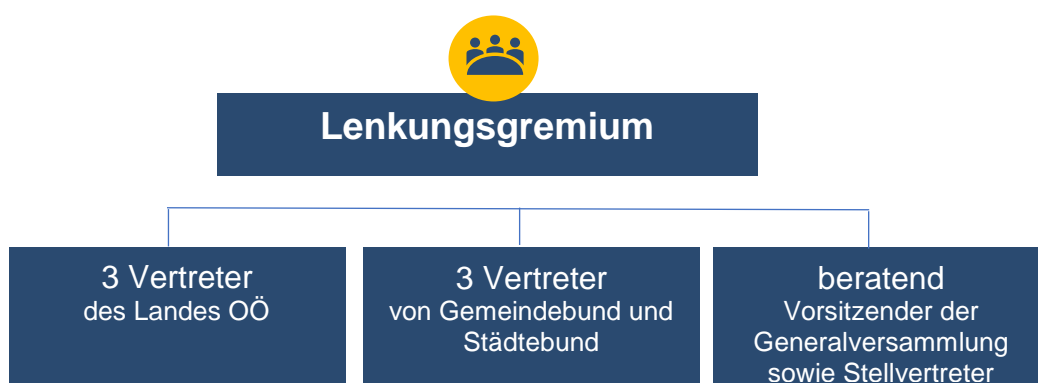
Die finanzielle, organisatorische und personelle Zuständigkeit der Gemeinden für die Langzeitpflege bleibt unverändert. Zur Unterstützung der Gemeinden bringt sich aber das Land bei der Finanzierung der neuen GmbH verstärkt ein: 50% der Gesellschaftsanteile werden von den Oö. Sozialhilfeverbänden im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl gehalten, 50% werden vom Land OÖ, vertreten durch die Oö Landesholding GmbH getragen.

Struktur der GmbH: Neues Lenkungsgremium schafft institutionalisierte Abstimmung aller Akteure im Pflegebereich

Zur Beratung der GmbH wird ein Lenkungsgremium mit sechs Mitgliedern eingerichtet. Die Mitglieder des Lenkungsgremiums werden paritätisch vom Land OÖ sowie vom Oö. Gemeindebund entsandt. Außerdem werden der Vorsitzende der Generalversammlung sowie ein Stellvertreter beratend teilnehmen.

Das Lenkungsgremium stellt **erstmalig eine institutionelle Abstimmung und Koordinierung** von Gemeinden und Land Oberösterreich, den Finanziers der Langzeitpflege in Oberösterreich, sicher.

Das Lenkungsgremium zeichnet verantwortlich unter anderem für die Evaluierung und Bewertung der **Budgetaufstellung und des Rechnungsabschlusses sowie für die Unterstützung mit fachlichen und rechtlichen Empfehlungen**. Es bewertet den Leistungsvollzug der GmbH anhand von Leistungskennzahlen und berät die Geschäftsführung.



Die GmbH selbst besteht aus Geschäftsführung und Generalversammlung. In der Generalversammlung der GmbH sind die 15 Obleute der Sozialhilfeverbände vertreten. Den Vorsitz führt ein Vertreter der SHV. Zentrale Aufgabe der Generalversammlung ist die Erstellung der Jahresplanung sowie die Wahrnehmung der Gesellschafterrolle durch die Obleute der SHVs.

Alle Beschlüsse der SHV-Verbandsversammlungen für eine Gründung liegen vor

Das Projektergebnis wurde im engen Austausch der beteiligten Systempartnern erarbeitet: Im März 2024 wurde das Projekt von Gemeindebund und Sozialressort beauftragt. Die Arbeitsgruppe setzte sich gezielt aus Mitarbeiter/innen der SHV-Geschäftsstellen, des Landes und aus SHV-Obleuten zusammen, um auf die Expertise des SHV-Wesens aufbauen zu können. Aufgrund der Komplexität der Thematik wurden außerdem externe Expert/innen in organisationsrechtlichen, gesellschaftsrechtlichen und steuerrechtlichen Fragen beigezogen. Dazu gehörten insbesondere auch Bürgermeister, um die Aspekte der Gemeinden ausreichend berücksichtigen zu können. In Summe fanden rund 50 Sitzungen zur Konkretisierung der Ergebnisse statt.

Der Prozess wurde **unter Leitung des ehemaligen Landesrechnungshof-Direktors Friedrich Pammer gestaltet**. Den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Landesausschuss des Gemeindebundes sowie den Parteien im Oö. Landtag wurde regelmäßig berichtet. Auch die Hinweise und Anregungen des Begutachtungsverfahrens wurden berücksichtigt.

Nächste Schritte: Beschluss im Oktober 2024, Gründung im Jänner 2025

Als gesetzliche Grundlage braucht es die Novelle des Sozialhilfegesetzes, die vergangene Woche im Unterausschuss Pflege behandelt wurde und im Oktober im Landtag beschlossen werden soll. Weitere Rechtsgrundlagen werden in der Landesregierung im November beschlossen. Die Service-Gesellschaft soll ihre Tätigkeit – vorbehaltlich der Beschlüsse des Oö. Landtags sowie der Oö. Landesregierung – am 1. Jänner 2025 aufnehmen.